

Fachgespräch AM Fluss<sup>2</sup>:

**„Corona und die Folgen – psychische und familiäre Belastungen der Bewohner\*innen und Unterstützungsangebote der Beratungseinrichtungen“**

Mittwoch, 23. September 2020, 15 bis 17.25 Uhr; Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

**– Protokoll –**

Teilnehmer\*innen: Anima Awudu-Denteh (IKM e.V./Mümmel leben!), Ingo Böttcher (Billenetz, Protokoll) Züleyha Celebi (Projekt Stadtteile ohne Partnergewalt), Marianne Dotzek (Elternschule Horner Geest), Kendra Eckhorst (Stiftung Das Rauhe Haus), Henrike Elbracht (team.arbeit.hamburg, Jobcenter Billstedt), Martin Gögge (Bezirksamt Hamburg-Mitte), Dirk Hertwig (Deutsches Rotes Kreuz Eilbek, Amb. Psy. Betreuung), Marita Junker (Die Boje), Meggi Krieger (Q8 – Ev. Stiftung Alsterdorf), Gesche Nockemann (Bezirksamt Hamburg-Mitte), Matthias Pienitz (Stiftung Das Rauhe Haus), Jens Pudziow (Stiftung Das Rauhe Haus), Mareike Rehhagen (ABeSa ambulante Hilfen), Nadine Rosenfeld (fördern & wohnen Haferblöcken), Bettina Rosenbusch (Billenetz), Annette Schirmmacher (Das Rauhe Haus/Schule Schlemer Park), Manuela Thatje (Johann Wilhelm Rautenberg Gesellschaft), Marion Thomas (Haus der Jugend Mümmelmansberg), Wolfdietrich Thürnagel (Stadtteilbüro Netzwerk Mümmelmansberg), Reyhan Yilmaz (Sozialkontor)

-----  
Bettina Rosenbusch begrüßt die Teilnehmer\*innen des Fachgesprächs „Corona und die Folgen“ und fasst zunächst die bisher beobachtbaren Auswirkungen der Corona-Krise auf den lokalen Arbeitsmarkt zusammen:

Seit April 2020 haben sich in Hamburg knapp 39.000 Menschen neu arbeitslos gemeldet, der Großteil davon (81 %) wurde über die Agentur für Arbeit, knapp ein Fünftel (19 %) bei den JobCentern registriert. Dieser deutliche Anstieg lässt sich auf Corona-bedingte Insolvenzen und auslaufende Fördermaßnahmen zurückführen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit trifft Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stärker als deutsche Arbeitnehmer\*innen, das ist mit einem im Durchschnitt geringeren Qualifikationsniveau und kürzeren Beschäftigungszeiten zu erklären.

Das JobCenter Billstedt teilte im Vorfeld der Veranstaltung mit, dass es in seinem Zuständigkeitsbereich seit März einen Zuwachs von 600 Kunden gegeben hat. Dabei sind vor allem aufstockende Leistungen zum Kurzarbeitergeld nachgefragt.

Am deutlichsten von Corona-bedingter Arbeitslosigkeit betroffen sind Arbeitnehmer\*innen in den Wirtschaftszweigen Gastgewerbe, Arbeitnehmerüberlassung, Industrie und Produktion, Handel und Tourismus sowie Logistik und Verkehr. Zuwächse an Beschäftigung verzeichneten in der Krise die Bereiche öffentliche Verwaltung, Information und Kommunikation, Gesundheitswesen, Erziehung und Unterricht sowie wissenschaftliche und technische Dienstleistungen.

Bettina Rosenbusch berichtet aus der Beratungstätigkeit im Billenetz/AM Fluss<sup>2</sup>, dass viele Arbeitssuchende derzeit davon ausgehen, der Arbeitsmarkt liege komplett brach. Die Praxis zeigt aber, dass die Krise doch auch – einzelne – Gelegenheiten schaffe. So ist es einer Teilnehmerin gelungen, eine Tätigkeit als Maskennäherin aufzunehmen.

Das Projekt „AM Fluss<sup>2</sup>“ wird im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - BIWAQ“ durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, den Europäischen Sozialfonds und die Freie und Hansestadt Hamburg gefördert.

Nach einer Vorstellungsrunde berichtet Züleyha Celebi aus dem Projekt „Stadtteile ohne Partnergewalt“. In der ersten Phase der Corona-Maßnahmen wurde die Kommunikation im Projekt weitgehend durch Telefonate und soziale Medien, insbesondere WhatsApp, geführt. Bei vielen Kontakten sind große Verunsicherung, diffuse Angst und die individuelle Dramatisierung der Situation festzustellen gewesen. Andere Kontakte spiegelten eine Situation der Überlastung und Überforderung wider, die Familien durch Homeoffice, Schul- und Kitaschließungen und Aufenthaltsbeschränkungen im öffentlichen Raum, etwa die Sperrung von Spielplätzen, erfuhren. Dies trifft besonders auf Familien zu, die zusätzlich durch beengte Wohnverhältnisse und unsichere materielle Verhältnisse belastet sind. Insofern sind Frauen, insbesondere alleinerziehende Frauen, von den Beschränkungen verstärkt betroffen.

Im Rahmen des StoP-Netzwerks konnte hier zum Teil Unterstützung organisiert werden, etwa Hausaufgabenhilfe per WhatsApp. Eine signifikante Zunahme von Vorfällen häuslicher Gewalt ist im Wahrnehmungsrahmen des Projekts weder am Standort Horner Geest noch in Steilshoop zu verzeichnen.

Telefonsituationen, in denen sich oft auch aggressive und überreizte Stimmungen äußerten, stellten sich als neue Herausforderung in der Arbeit dar. Dabei ist neben einfühlsamer Gesprächsführung die Recherche und Weitergabe von gesicherten Informationen besonders wichtig. Die Übersicht „Vermehrt Gutes! Rat und Tat auch in Corona-Zeiten“ aus dem Projekt Q8 hat sich als nützliche Hilfestellung erwiesen, auch um Anrufer\*innen gezielt an die richtigen Ansprechpartner\*innen zu verweisen.

---

Aus der Elternschule Horner Geest berichtet Marianne Dotzek, dass die Tür der Einrichtung während der Kontaktbeschränkungen zwar – wie allgemein in der Kinder- und Jugend-Arbeit und Familienförderung – geschlossen, das Telefon dafür aber um so stärker in Betrieb war: Offenbar hat sich das Wissen, hier Ansprechpartner\*innen auch für persönliche Sorgen und Anliegen zu finden, über Generationen etabliert und wird in Krisenzeiten auch von ehemaligen Besucher\*innen verstärkt abgerufen. Anrufe hatten zunächst meist konkreten Fragen und Bitten um Unterstützung gegolten. Insbesondere suchten Schwangere Möglichkeiten der Geburtsvorbereitung und Hebammenhilfe. Im Verlauf sind Gespräche dann oft auf grundlegende, Corona-bedingte Ängste zu sprechen gekommen, etwa davor, zur Geburt ein Krankenhaus aufsuchen zu müssen. In den Äußerungen war häufig eine Dramatisierung der eigenen Situation festzustellen gewesen, die die dramatischen Darstellungen der Corona-Krise in Presse und Medien widerspiegelte. Auch mangelndes Vertrauen in öffentliche Erklärungen zur Situation und damit einhergehende Orientierungslosigkeit ist oft deutlich geworden.

Marianne Dotzek stellt fest, dass mit den Beschränkungen der Corona-Krise Familien wieder stärker in das Zentrum der Verantwortung gerückt sind und im Gegensatz zu Schulen, Kitas, Behörden und anderen diese Verantwortung nicht weiterreichen können.

---

Mareike Rehhagen von „ABeSa ambulante Hilfen“ stellt in ihrem Impuls-Beitrag fest, dass die Beschränkungen des öffentlichen Lebens im März viele der sozialpsychiatrisch betreuten Menschen weniger belastet haben, als manche Mitarbeiter\*innen: „Wir haben es mit krisenerfahrenen Menschen zu tun.“ Für viele von ihnen ist soziale Distanzierung eine gut eingeübte Normalität, die durch Corona erzwungene Reduktion von Aktivität und Begegnungen ist in diesen Fällen zunächst eher als willkommene Ruhe – auch vor sozialpsychiatrischen Interventionen – erlebt worden. Das ABeSa-Team hat intensive telefonische Kontakte mit vielen der Betreuten aufgenommen. Dabei hat es mit Überraschung festgestellt, dass am Telefon häufig neue Themen und Vertiefungen zur Sprache kamen, die aus den face-to-face Kontakten unbekannt waren.

In Situationen bzw. bei Krankheitsbildern bei denen face-to-face Kontakt fachlich unbedingt geboten war, hat ABeSa Gespräche bei sogenannten „Distanzspaziergängen“ durchgeführt. Ein anderes neu entwickeltes Format sind die „Briefe-to-go“ mit Grüßen und Informationen, die Interessierte und Klienten sich im Außenbereich der Räume mitnehmen können. Nach entsprechenden Um- und Einbauten in den Einrichtungsräumen sind inzwischen in Einzelfällen Beratungsgespräche unter Einhaltung der Hygiene-Auflagen möglich.

Mareike Rehhagen weist darauf hin, dass die Einschränkung sozialer Kontakte für die Kollegien sozialer Arbeit eine große Umstellung bedeutet. Sie sind es gewohnt, im Team und in enger Kommunikation zu arbeiten. Das Bedürfnis nach kollegialem Austausch ist groß. Eine wichtige und zeitintensive Aufgabe von Einrichtungsleitungen besteht darin, dafür unter Corona-Bedingungen Möglichkeiten zu finden und dabei alle Sicherheitsaspekte und jeweils individuelle Dispositionen der Mitarbeiter\*innen zu berücksichtigen.

Für die Zeit nach der Pandemie soll die Erfahrung der Corona-Zeit auch im Hinblick auf positive Erfahrungen – wie etwa die mit telefonischen Klienten-Kontakten – und neue Notwendigkeiten und Bedarfe für die sozialpsychiatrische Arbeit ausgewertet werden.

---

Im Anschluss an die Impuls-Beiträge fassen einige Teilnehmer\*innen kurz Situation und Erfahrungen in ihren jeweiligen Einrichtungen zusammen.

Annette Schirmacher (Das Rauhe Haus, Tagesgruppe Schule Schlemer Park) berichtet, dass in der Zeit der Kontaktbeschränkungen die Einladung von betreuten Familien zu Radtouren und Spaziergängen gut angenommen wurden. Dabei ist die hohe Belastung vieler Mütter durch organisatorische Herausforderungen und die Angst vor Ansteckung deutlich geworden.

Der Wiederbeginn des Schulunterrichts ist von den Kindern mit unüblich großer Freude aufgenommen worden. Es gelten jedoch weiterhin Einschränkungen, etwa die starke Reduktion der Nachmittagsbetreuung und die Zonierung der Schulhöfe.

Aus dem JobCenter Billstedt informiert Henrike Elbracht, dass nach Schließung der Sprechstunde erfolgreich neue Kommunikationskanäle geöffnet wurden, um den Kontakt zu den Kunden zu halten. Unter anderem ist die Möglichkeit geschaffen worden, direkt per E-Mail zu korrespondieren. In Einzelfällen finden Beratungsspaziergänge im öffentlichen Raum statt. Telefonische Kontaktaufnahme hat sich bei einigen Kunden als sinnvoll erwiesen, war bei anderen hingegen erfolglos. Für Termine vor Ort ist inzwischen ein großer Besprechungsraum regelkonform ausgebaut, seine Kapazität reicht aber weiterhin nur für begründete Einzelfälle (Sprachbarrieren, psychische Situation).

Marita Junker von „Die Boje“ berichtet aus der Suchthilfe, dass das Arbeitsfeld als systemrelevant eingestuft wurde, die Einrichtung ihre Arbeit aber kontaktfrei organisieren musste. Telefonische Kontaktaufnahme hat unterschiedliche Resultate ergeben, einige der angerufenen Klienten ließen sich in diesem Format eher auf Beratung ein als im direkten Kontakt. Es zeigt sich auch, dass mit der neu eingeführten telefonischen Beratung Gruppen erreicht werden, die sonst kaum in die Beratungsstelle kommen, etwa Mütter mit kleinen Kindern. Die Boje registrierte während der Kontaktbeschränkungen bei Alkoholsucht weniger Rückfälle, was wohl durch die verstärkte soziale Kontrolle in den Familien zu erklären ist. Die temporäre Schließung von Spielhallen ist von Glücksspiel-Abhängigen durchaus als Erholung und Erleichterung erlebt worden.

Weitere Beiträge greifen die geschilderten Erfahrungen auf und ergänzen einige Aspekte:

Von mehreren Seiten werden die positiven Erfahrungen mit telefonischen Kontakten und der Nutzung sozialer Medien bestätigt. Es wird aber auch deutlich, dass diese Beobachtung fast überall nur für einen Teil der betreuten oder beratenen Klientel zutrifft. Für viele andere sind die kommunikativen Hürden am Telefon eher größer als im unmittelbaren Kontakt. Wo fremdsprachliche Barrieren

bestehen, sind telefonische Kontakte ebenfalls problematisch, auch die Maskenpflicht erschwert hier die Interaktion.

Die Reduktion von sozialen Kontakten, die Einschränkung von Gruppenangeboten und Treffpunkten im Corona-Zusammenhang bedeutet für viele Menschen eine Verstärkung ohnehin bestehender sozialer Isolation. Hier fehlen weiterhin durch die verordneten Schließungen zahlreiche Einrichtungen und Angebote, die einen gewissen Familienersatz bieten können.

Besondere Probleme sind in Wohngruppen und -gemeinschaften für Menschen mit Behinderungen entstanden. Die Gruppen sind oft inhomogen: während einige Bewohner\*innen sehr mobil sind, gehören andere zu den Risikogruppen. Durch die formale Gleichstellung mit Pflegeheimen sind Träger zum Teil gezwungen gewesen, abschirmende Maßnahmen umzusetzen, die nicht zu den Bedürfnissen und Interessen der Betreuten passten.

Viele Einrichtungen haben zahlreiche Aktivitäten und Treffen zur Minimierung des Ansteckungsrisikos ins Freie verlegt. Diese Praxis wird im Herbst und Winter in diesem Ausmaß nicht mehr möglich sein. Deshalb stellt sich aktuell die Frage nach verfügbaren Räumen in der Region. Dazu wird ein Informationsaustausch unter den Einrichtungen dringend gewünscht.

---

Im Weiteren entwickelt sich eine Diskussion zur Einschätzung der aktuellen Corona-Situation und zur Aufgabe sozialer Arbeit in diesem Kontext.

Marianne Dotzek formuliert den Eindruck, dass die Corona-Krise auf ein verbreitetes Unbehagen an kritischen globalen ökologischen, sozialen und politischen Entwicklungen trifft. Sie verstärkt damit Zukunftsängste und rührt an existentielle Fragen. Viele Menschen empfinden sich ausgeliefert und fremdgesteuert. Daraus entstehen Aggression und Empfänglichkeit für Verschwörungstheorien. Teilnehmer\*innen äußern Verständnis für Ängste und Verunsicherung, die durch die Verbreitung des Virus ausgelöst werden. Zugleich wird diffuse, „uninformierte“ Angst als Gefahr gesehen, die zum Beispiel durch Rechtsextreme funktionalisiert werden könne. Vielen Menschen mangle es an Vertrauen in die eigene Sachkenntnis. Es gelte deshalb „in der Realität zu bleiben“, „Menschen an die eigenen Ressourcen zu erinnern“ und sachlich, „ohne Panik, aber auch ohne Verharmlosung“ zu argumentieren. Vor dem Hintergrund medialer Reizüberflutung ist dabei der Zugang zu fundierten Informationen von besonderer Bedeutung.

---

Mareike Rehhagen regt an, sich in einem halben Jahr in der gleichen Runde erneut zu treffen, um die weiteren Auswirkungen der Corona-Krise auf soziale Arbeit in der Region zu verfolgen und neue Erfahrungen auszutauschen.

Ingo Böttcher sagt zu, einen Link zur Info-Übersicht „Vermehrt Gutes! Rat und Tat auch in Corona-Zeiten“ aus dem Projekt Q8 ins Protokoll aufzunehmen: [www.q-acht.net/horn/downloads/](http://www.q-acht.net/horn/downloads/)

Einige Teilnehmer\*innen äußern Interesse an mehr Informationen über digitale Konferenz-Plattformen. Hier besteht das Problem, dass Behörden und Träger mit Verweis auf den Datenschutz unterschiedliche Nutzungserlaubnisse erteilen, der Datenschutzbeauftragte ist aktuell mit der Frage befasst. Bettina Rosenbusch erklärt, dass der Datenschutz bei der Plattform „zoom“ inzwischen den datenschutzrechtlichen Vorgaben entspricht und von daher für die Nutzung weitgehend freigegeben und gut etabliert ist.

Sie bedankt sich für die Teilnahme am Fachgespräch und die Impulsbeiträge von Züleyha Celebi, Marianne Dotzek und Mareike Rehhagen und verabschiedet die Besucher\*innen um 17.25 Uhr.